

Groß-Berlin: Die Mittlieder-Versammlung in den Unterbezirken am Freitag, d. 24. 7. fallen aus, sie finden am 31. 7. st!

gung) 183 (u. 21 - 57), Linksrepublikaner 176 (u. 21 - 41), Rechtsstehende Radikale (Radikale Dissidenten) 103 (u. 26 - 140), Radikale (Herriot) 532 (u. 65 - 22), Sozialistische Republikaner (Painlevé-Bündel) 24 (u. 6 - 7), Sozialisten 73 (u. 18 - 3), Kommunisten 2 (u. 1 - 5).

Militärputsch in Portugal

In Lissabon brach in einem Fort eine Militärrevolte aus. Sie wurde von einigen höheren Offizieren geleitet und war gegen die Regierung gerichtet. Die Aufständischen wurden aber nach den offiziellen Meldungen sofort aus der Offensiv zurückgeschlagen.

Gewerkschaftliches Die Wahl von Gewerkschaftsführern

„Vorwärts“ 19. Juli: „Am Montag, den 20. d. Mis. findet in den bekanntesten Lokalen Deutschlands zum 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands statt.“

Alle auf dem Boden der Amsterdamer Richtung stehenden Mitglieder müssen ihre Stimmen auf Peter Hamacher vereinigen, damit er den Sieg erringt. Werbt für seine Wahl! Versäume niemand zu wählen! Keine Stimmensplitterung!

Die Einheitsfront marschiert Den Bauarbeiterstreik als Grundlage

Wo hat wohl die KPD, nicht das Bestreben, treu den Beschlüssen des Parteitages die Einheitsfront mit den reaktionären Gewerkschaften wieder herzustellen? Keine Situation darf vorübergehen, in der nicht wieder, das rettende Kompromiß zu Stande zu bringen.

Überall wo der Reformismus seine Grundlage für die Kontrevolution schafft, wo die Gewerkschaften in der Arbeitgemeinschaft mit dem Kapital den Klassenkampf verbinden, das ist die Basis für den Einheitsfront der KPD.

Die Delegation wurde am 17. Juli in Hamburg von den beiden Vorsitzenden des BGB, Paplow und Töpfer empfangen, und es fand eine 1 1/2 stündige Aussprache statt auf der Grundlage folgender Richtlinien, die von den Mitgliedern und dem Vorstand des V. d. a. B. zu den Verhandlungen festgelegt wurden:

- 1. Der V. d. a. B. ist bereit, sofort mit allen Mitglieder und allem Verbands mit BGB, abzutreten.
2. Die Verschmelzung soll nicht abhängig gemacht werden von der Übernahme der Angestellten.
3. Zur Durchführung der technischen Ueberführung wird eine gemeinsame Kommission eingesetzt.
4. Während der Periode der Ueberführung werden gemeinsame Streikleitungen in den Orten gebildet, wo Mitglieder beider Verbände vorhanden sind.
5. Bis zum Abschluß der Verschmelzung zählt der V. d. a. B. dieselben Streikunterstützungen wie der BGB.
6. Die Verschmelzungs-Verhandlungen sollen im Geist größter Kameradschaftlichkeit geführt und schnell gefördert werden.
7. Den Kämpfenden sowie der gesamten Bauarbeiterchaft ist sofort von der Verschmelzung Kenntnis zu geben, um ihren Kampfwillen zu steuern und den Unternehmern den einheitlichen Kampfwillen zu zeigen.
8. Die Bedingungen der Verschmelzung sind sofort dem V. d. a. B. zu übermitteln, damit sie dieser umgehend beraten und ratifizieren kann.
Zusätzlich ist der V. d. a. B. bereit, noch zwei bevollmächtigte Kollegen zu entsenden.

Paplow hat zwar der sofortigen Vereinigung noch nicht zugestimmt, der gemeinsamen Leitung des Bauarbeiterstreiks aber nichts entgegenzusetzen. Seine Politik ist nicht von kurzer Sicht. Die Opposition der Eisenbahner in diesem Verbandsstreik ist langweilig, ohne die Aufnahme in den alten Reihen läßt sich noch verhandeln.

Auspeerrung der sächsischen Metallarbeiter

Die sächsischen Metallarbeiter hatten eine Lohnforderung von 64 Pfg. auf 60 Pfg. pro Stunde gestellt. Wie das im gewerkschaftlichen Rahmen nicht möglich ist, wurde der Schlichtungsausschuß für einen Schiedsspruch angerufen. Streiks sind gewerkschaftlich verboten, Ruhe und Ordnung muß gewahrt sein, alles wird gesetzlich geregelt, denn gibt es keine Streitigkeiten zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer.

Das Werksozialdemokratische Arbeitertribunal

Unter dieser Stichmarke bringt die „Rote Fahne“ vom Dienstag, den 21. Juli, folgende Notiz: „Der Streik der sächsischen Metallarbeiter ist erfolglos abgebrochen worden, da noch ein großer Teil der Arbeiter den Gewerkschaftsbürokraten gegenüber die Erklärung, daß nicht mehr weiter gekämpft werden könne, nachdem der sozialdemokratische Landesschlichter Haak den Schiedsspruch für verbindlich erklärt habe.“

Rapide Steigerung d. Wirtschaftskämpfe

Der schlechte Stand der fast überall gleichen Lohnverhältnisse hat in Brandenburg eine gewerkschaftliche Arbeiterbewegung geführt. Auf den Druck der Arbeiter zum Kampf wurde von den Gewerkschaften eine allgemein übliche Taktik angewandt.

Der Streik bei Tancor - Lichtenberg

Schon 9 Wochen liegen die ausgehungerten Proleten im Streik, von der proletarischen Masse kaum beachtet. Das Ergebnis ihres Streiks ist nichts, — sie hungern. — Die Gewerkschaften predigen Anshalten bis zum Verrecken. Die einzige Solidarität ist die Parole, der Mahnruf auf alle arbeitenden halbverreckten Proletarier: „Spendet ein Scherlein zur Streikunterstützung!“ So werden „Hungerstreiks“ geführt.

Vor Lohnstreiks im mitteldeutschen Bergbau

Die mitteldeutschen Kohlen- und Kapitalisten und das Reichsarbeitsministerium haben die Forderungen der Bergarbeiter auf Lohnerhöhung abgelehnt. Die Löhne stehen bei der ungeheuren Ausbeutung auf einem kaum glaublichen Niveau. Die Arbeiter haben den Willen, diesem Druck Kampf entgegenzusetzen.

Generalstreik der belgischen Metallarbeiter

Auf Grund der offiziellen Feststellungen vom 17. Juli beträgt die Zahl der streikenden Metallarbeiter 75 172. Die belgischen Gewerkschaften ebenso wie die sozialdemokratische Regierung haben die Verschlechterung dieser Proletarier noch nicht zum Abschluß bringen können. Also läuft der Streik weiter.

Aus der schlesischen Textilindustrie

Die Unternehmer der schlesischen Textilindustrie haben beschlossen, die Streikenden vom 21. Juli ab auszusperrn, falls die Arbeit heute nicht wieder aufgenommen wird. Von dieser Aussperrung werden 63 000 Arbeiter betroffen. Die Gewerkschaften und die Schlichter versuchen alles, um dem aus dem Wege zu gehen und die Löhne so schnell wie möglich zu regeln. Am Mittwoch sind die Verhandlungen.

Vor großen Streiks in England

(WTB) London, 20. Juli. In einer Rede in Birmingham bezeichnete der Eisenbahnführer die Lage des Vorgesetzten der Arbeitgeber im Kohlenbergbaukonflikt als eine Herausforderung. Er erklärte, alle Anzeichen deuten auf einen langen erbitterten Kampf.

Buchdruckerstreik in Belgien

Die Buchdrucker Belgiens sind auch in Streik getreten, so daß ein Teil der Provinzhilfen nicht erscheinen konnten. Am 20. Juli war in Antwerpen der gesamte Zeitungsbetrieb stillgelegt.

Aus allen Orten der Welt laufen sich die Meldungen von sozialen Wirtschaftskämpfen. Sie sind der Ausdehnung der Weltkrise und ihrer Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Mit allen Meldungen ist gleich verbunden der rücksichtslose Kampf, die Ausperrungsmethode des Kapitals.

Es ist notwendig für die Zukunft, wirklich kämpfbere Klassenkampforganisationen zu schaffen, während die reaktionären Gewerkschaften zu zerschlagen sind. Nicht wie die KPD, es will, wieder anzubauen. Nur so kann das Proletariat den Gewaltmaßnahmen entgegenzutreten.

Wirtschaft

Der Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns. Dem „Berliner Tageblatt“ vom 18. Juli entnehmen wir folgende drei interessante Meldungen zum Stinnes-Krach. Stinnes-Besitz an R.W.E.-Aktien wird zu 1/2 Viag verkauft? Wie wir erfahren, verhandelt die Vereinigte Industrie-Unternehmen Akt.-Ges. (Viag) mit dem Stinnes-Stützungs-konzern über die Übernahme des im Besitz von Stinnes befindlichen Postamt-Gesellschaft Westfälische Elektrizitätswerke-Aktien.

Stinnes baut seine russischen Interessen ab. Wie wir erfahren, beabsichtigt Hugo Stinnes im Rahmen des für die Gesamtfirma vorgesehenen Einschränkung-programm auch eine Beschränkung der Geschäfte nach dem Osten, und zwar derart, daß die bisher geführten Kohlengeschäfte auf das Stammhaus in Mülheim übergehen, während neue Geschäfte in anderen Zweigen nicht fortgeführt werden.

Belgischer Walzdrahtkonzern

Verschiedene große Produktionsstätten Belgiens zur Herstellung von Walzdraht, bestehend aus Hüttenwerken, Hochöfen, Walzwerken und Stahlwerken, haben sich zu einem Verband zusammengeschlossen, der den Verkauf der Produkte regeln soll. Ein Anschluß an den deutschen Walzdraht-Verband ist vorgesehen.

Mitteilungen

Mitglieder-Versammlungen in den Unter-Bezirken am Freitag, den 24. 7. fallen aus. Sie finden am Freitag, den 31. 7. statt.

1. Unterbezirk, Donnerstag, den 23. Juli, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal Perschke, Georgenkirchstr. 14, eine kombinierte Mitgliederversammlung statt — mit der Thema: „Die polit. Lage“. Anschließend Aussprache. — Erscheinen alle Genossen ist selbstverständlich; desgleichen sind KAZ-Leser und Sympathisierende eingeladen.

2. Unterbezirk (Cöpenick), KAP. und AAU. Die Genossen treffen sich Freitag, den 24. Juli im Lokal Rodowstraße 21, abends 8 Uhr.

3. Unterbezirk (Lichtenberg), KAP. und AAU. Die Genossen treffen sich Freitag, den 24. Juli im Lokal Rodowstraße 21, abends 8 Uhr.

4. Unterbezirk (Lichtenberg), KAP. und AAU. Die Genossen treffen sich Freitag, den 24. Juli im Lokal Rodowstraße 21, abends 8 Uhr.

5. Unterbezirk (Lichtenberg), KAP. und AAU. Die Genossen treffen sich Freitag, den 24. Juli im Lokal Rodowstraße 21, abends 8 Uhr.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schornell, Berlin. Druck: Willy Isdonat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 58

Kommunistische Arbeiterzeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen. Juli 1925

Der Zollkampf der K.P.D.

Die K.P.D. wünsch vor den Türen der S.P.D.

„Gegen die industriellen und Lebensmittelzölle! Gegen die drohende Meinssteigerung! Für Aufhebung aller Lohn- und Meinssteuer! Für die Belastung der Besitzenden! Für die Amnestie der prolet. politischen Gefangenen!“

Für den Sturz der monarchistischen Luther-Regierung!

Der gigantische Einigungsrummel, der die KPD, wieder in die Gewerkschaften und in die Reihen der Sozialdemokratie einreihen soll, hat eine glänzende Plattform gefunden. Die neue Zollektion, die der Kapitalismus im Interesse seiner Existenzbedingungen gezwungen ist zu unternehmen, hat die ADOB, veranlaßt, die Massen des Proletariats unter seiner Arbeiter zu sogenannten Protestkundgebungen zusammenzuzeremonieren.

Diese Situation liegt auf der Linie des Brandlerkurses von Ruth Fischer, sie ist eine günstige Gelegenheit für die gewerkschaftliche Koalitionspolitik der KPD. — Unter dem oben angeführten Parolen kreuzt sie in die Gewerkschaftsbedingungen ein, um die Gewerkschaften zur Einheitsfront zu bewegen.

Manchmal revolutionäre Arbeiter glaubt, zeugen die obigen Leitsätze im Anschluß an die gesamte gewerkschaftliche Politik. Nicht minder wird sie sich mit der erbärmlichsten Liebedienerei der kontrevolutionären Sozialdemokratie und dem ADOB, aufzwingt. Wir bringen ihre Politik aus den eigenen Aufträgen an den Pranger, damit sie von jedem Proletarier erkannt werden. Sie sind nicht besser wie jene, denen sie sich aufzwingen.

Wenn die Gewerkschaften heute zum Zollkampf aufrufen, so nicht, um Klassenkampf zu führen. Sie sind ein Stück der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sind dazu da, die Klassengegenätze zu verschleiern und werden nie einen andern Weg gehen können. Wenn sie heute die Massen aufrufen, so nur, um sich mit ihrer Politik von neuem im Proletariat zu verankern.

„Gegen Zollwucher und Volksbedrückung! — Für Brot und Arbeit!“ — Die Misere der kapitalistischen Wirtschaft muß das Fundament einer intensiven Massenverderbung sein.

Die KPD, erachtet es als ihre äußere, „proletarische“ Pflicht, diesen Rummel zu unterstützen. Im Interesse ihrer Gewerkschaftspolitik, die von Moskau diktiert wird, ist jedes Mittel, das auf dem Interesse der Befreiung der Arbeiterklasse liegt, oder nicht.

Lebensmittelzölle, Steuern, Mieten und die Ausbeutung unserer Arbeitskraft sind die Lebensbedingungen des Kapitalismus. Es sind die Tribute, die Reparationen, die wir als besitzlose Klasse dem kapitalistischen Herrschaftssystem geben müssen, solange es besteht und wir als Proletarier unser Leben fristen.

Unsanft ist es, von den Statthaltern dieses Systems, von der Regierung Selbstmord zu verlangen, solange sie mit allen Mitteln um ihr Leben kämpfen. Unter diesem System ist es eine Illusion, von einer Belastung der Besitzenden zu sprechen.

Der Kampf der Arbeiterklasse geht nicht um die Belastung der besitzenden Kapitalistenklasse, was überhaup Unsinn ist, sondern um die Beseitigung aller Klassenprivilegien überhaupt, um den Kommunismus. Es geht auch nicht um den Wechsel der monarchistischen Luther-Regierung in eine demokratische, sondern um die Diktatur des Proletariats und den Aufbau der Räterepublik.

In diesem Entscheidungskampf zwischen den beiden Klassen, einerseits der Bourgeoisie und andererseits des Proletariats, ist nur rücksichtsloses Vorgehen zu erwarten, wie aus dem reaktionären Terror der Bourgeoisie zu ersehen ist. Das Proletariat hat keine Gnade zu erwarten, denn seinen Kampf gegen den Kapitalismus wird es mit eiserner Diktatur zu Ende führen müssen.

Für die politischen Gefangenen um Amnestie bitten oder demonstrieren heißt, sich der politischen Gewalt des Staates ergeben und auf den Kampf um die Befreiung der Eingekerkerten verzichten.

Erst mit dem Sieg der proletarischen Revolution wird kein revolutionärer Proletarier mehr hinter Eisengittern schmachtfroh auf den Kampf der Klassengenossen warten.

Gemeiner Verrat an den Aufgaben des Klassenkampfes ist es, was die KPD, mit inhaltslosen Phrasen den Proletariats als grundsätzlichen Kampf vorspielt. Recht, in der „Roten Fahne“ am 24. Juni zu schreiben: „Sind wir nicht heute schon verpflichtet auszusprechen, daß die SPD, überhaupt keinen grundsätzlichen Kampf gegen die Zölle führt.“

Daß sie keinen grundsätzlicheren Charakter trägt, beweist die KPD, in der „Roten Fahne“ am 24. Juli: „Wir fragen alle ehrlichen Sozialdemokraten.“

Trotzdem die KPD, schon vor vier Wochen an den ADOB die Anforderung gerichtet hatte, gemeinsame Massendemonstrationen gegen die Zollgesetz einzubereitern, während der „Vorwärts“ heute behauptet, daß die KPD, „die Stunde verpaßt habe“ (!), trotzdem die Berliner Gewerkschaftskommission nur mit der SPD, über die Demonstration beriet, während in den Berliner Gewerkschaften Tausende von Kommunisten ihre proletarische Pflicht erfüllen, trotzdem hat die KPD, den Aufruf zur gemeinsamen Demonstration begrüßt und zur Massenteilnahme aufgefordert.

Sind das „arbiterschädigende Methoden“, sind das „Störungsversuche der Kommunisten“, nennt man das „Zersplitterung der Arbeiterklasse“?

Wir fragen alle ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter, die wirklich gewillt sind, den Zollwucher zu verhindern: Wir Kommunisten sind uns klar darüber, daß zur Verdrängung des Zollwuchers Proteste nicht genügen. Wir verlangen deshalb parlamentarische Obstruktion gegen die Zollgesetz, wenn die Luther-Regierung sich weigert, den Massenstreik und Sturz der Luther-Regierung. Sind diese Vorschläge ein Weg zur Verdrängung der Zollgesetz? Ja oder nein?

Ihren politischen Charakter, der ein Dokument für alle Zeiten sein wird, gibt die KPD, hier treffend zum Ausdruck. Das Wünsch um die Massenfront in den reaktionären Gewerkschaften ist ihr Meisterwerk der reaktionären Gewerkschaften, die wieder auf neuen Ruth Fischer-Politik. Sie sind wert, wieder aufgenommen zu werden. „Ja oder nein?“ dazu haben wir schon zu sagen. An wen die Frage gestellt ist, zeigt, wofür sie führt. Diese Fragen aber, wie gemeingefährlich, keine verquicken, ist mehr wie, gemeingefährlich. Keine Methoden sind für die Arbeiterklasse und die Revolution so schädlich als diese der KPD. Sie sind nur für nicht schädlich zu beurteilen im Interesse der reaktionären Gewerkschaftspolitik, für die sie aufgestellt wurde. Für das Proletariat werden sie zur Katastrophe.

Die gezähmten Hindenburgler

Einklekt von Westarp bis Breitscheid über die deutsche Sicherheitsnote.

Schon des öfteren ist an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß die Politik der deutschen Bourgeoisie sich am allergeringsten nach den „Belangen“ nationaler Spießbürger richten kann, so sehr letztere auch gegen diese Tatsache Sturm laufen. Erst letzthin ist mit der Entscheidung Hindenburgs in der Aufwertungsfrage eine kleinbürgerliche „Welt von Glaube und Hoffnung“ krachend zusammengestürzt, und all jene schwarzweiß-rote Tröfje, die auf den „Retter“ als einem „Hort der Gerechtigkeit“, „Häuser gebaut“ hatten, stehen nun händelnd vor einem zertrümmerten Kartenhaus ihrer Illusionen.

Doch, ein Unglück kommt selten allein, sagte der bankrotte Bauer und da wurde ihm die letzte Kuh aus dem Stall geholt. Auch die Kleinbürger aus dem Hindenburg-Lager befinden sich in einer solchen verteilten Zwangslage, denn ihre nationale Konkurrenzmasse nimmt immer größeren Umfang an. Die extremen Kreise der Großbourgeoisie hatten bekanntlich noch einen Renner am Start, auf den sie all ihre Hoffnungen setzten: den Kampf des Hindenburg-Kabinetts gegen den Versailler „Schmachfrieden“, die standfeste Wahrung der „nationalen Würde“ gegenüber der Entente. Hier, im Punkte Außenpolitik sollte sich endlich die Stellung der Luther-Stresemann-Regierung von der schlappen Haltung ihrer Vorgänger vorteilhaft unterscheiden, hier sollte das Streben nach „nationaler Wiedergeburt“ Deutschlands sichtbar zum Ausdruck kommen. Und als die Hindenburg-Regierung zur Antwort Frankreichs auf das Garantieangebot Stresemanns ihre Bereitschaft kundgab, Wege zur gemeinsamen Verständigung zu suchen, da verursachte diese beabsichtigte Ausöhnung mit dem „Erbschaftsfeind“ den ersten Mißton im Konzert der schwarzweiß-rote Opposition“ erhob das Banner der Rebellion gegen Stresemann, und verschiedene vaterländische Verbände und Offiziersvereinigungen verlangten kategorisch die Verweigerung jedes Eingehens auf die Note Briands.

Die schwarzweißrote Kleinbürger konnten mit ihrem Brett vorm Kopf einfach nicht sehen, daß auf Grund der kapitalistischen Weltlage und infolge der europäischen Mächtigengruppierung jede selbständige deutsche Außenpolitik zum Scheitern verurteilt ist und daß auch die außenpolitische Stellung eines Hindenburg-Kabinetts letztendlich diktiert wird durch das mit dem Kriege entscheidend geänderte Kräfteverhältnis. Die seit Jahren bestehenden realen machtpolitischen Verhältnisse nicht erkennend, stehen die extremen Schichten der Hindenburg-Wähler mit der Veröffentlichung der deutschen Sicherheitsnote nun abermals vor einem Scherbenhaufen ihrer Illusionen, denn die deutsche Antwort läßt auch dem verbohresten nationalistischen Revancheschreier keinen Zweifel darüber, daß die im stillen Kämmerlein geschmiedeten Kriegspläne gegen die „Schmach“ von Versailler gestrot auf dem Scheiterhaufen verbrannt werden können.

Aus den schwarzweißroten Fanfaren ist jetzt endgültig eine jämmerliche Schamade geworden, denn Hindenburg, der selbst von den Hakenkreuzern des unversöhnlichen Ludendorff als der Herr eines künftigen zweiten 1813 auf den Schild der verklärten demokratischen Republik gehoben Sills“ entschieden und dies durch den Mund seines Untergebenen Stresemann im „Hause des Volkes“ feierlich verkündet lassen. Das Wort von der „Friedensoffensive“ ist diesmal keine Phrase der Hindenburg-Parteien, sondern drückt wirklich aus, daß es vorbel ist mit dem nationalistisch-militaristischen Sibelgeruch gegenüber dem französischen Napoleon des 20. Jahrhunderts. Die deutsche Sicherheitsnote gibt unzweifelhaft die Bestätigung für den schwarzrotgoldenen Pazifismus der schwarzweißroten Luther-Schleie-Kantiz-Regierung. Es wird darin klar die Anerkennung des Versailler Friedensvertrages und damit der nochmalige Verzicht auf Elsaß-Lothringen und der Verzicht auf gewaltsame Aenderung der Grenzen in Ost und West ausgesprochen, denn, so heißt es in der deutschen Antwort: „Der Abschluß eines Sicherheitspaktes, wie er in den deutschen Anregungen skizziert

wird, bedeutet keine Aenderung der bestehenden Verträge. ...

In der deutschen Note werden dann eine Reihe Bedenken geäußert darüber, daß die Alliierten trotz der abzuschließenden Schiedsverträge Ausnahmemaße vorsehen, in denen ein gewaltsames Vorgehen der Staaten zueinander ohne objektives Verfahren zulässig sein solle. ...

Die deutsche Sicherheitsnote ist — das zeigen die zitierten wichtigsten Stellen zur Genüge — ein weiterer Schritt auf dem Wege der Verständigung mit den Mächten der Entente. Die Aufnahme in der Auslandspresse ist denn auch von etlichen Ausnahmen abgesehen, eine durchaus freundliche. ...

Entsprechend der Tatsache, daß die Hindenburg abermals ein weiteres Bündel nationalistischer Wahlphrasen über Bord geworfen haben, zeigte sich denn auch in der außenpolitischen Debatte des Reichstages eine seltene Einmütigkeit der parlamentarischen Großparteien. ...

Ein Kulturdokument

Auf einer Konferenz der deutschen Bischöfe in Fulda am 25. Januar 1925 wurden Leitsätze beschlossen, aus denen wir einige Absätze unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. ...

vor aller Welt bekennen, daß das Hindenburg-Kabinett die politische Linie der früheren Regierungen eingehalten hat und daß ihre Furcht, die neue Note würde etwas von den Forderungen der Deutschen enthalten, unbegründet war. ...

Ordnung! Bezirke! Rüstet zur kommenden Zentral-Ausschub-Sitzung

die Ende August stattfindet! Sendet Material und Anträge ein. Rechnet Pflichtbeiträge ab.

Ordnung! Bezirke! Rüstet zur kommenden Zentral-Ausschub-Sitzung die Ende August stattfindet! Sendet Material und Anträge ein. Rechnet Pflichtbeiträge ab.

setzung der sozialdemokratischen Politik ist, wie schon Otto Weis am 14. Juli auf dem Bezirksparteitag Halle-Merseburg feststellte, ist die parlamentarische Opposition der SPD. gegen Stresemann auch nur eine äußerliche Lendenhilfe wegen der Unzufriedenheit der wieder einmal umgefallenen Deutschen. ...

Wo solcherweise im Reichstage die „nationale Opposition“ gegen Luther-Stresemann auf einen kläglichen Rest zusammengeschrumpft ist, da ist es nur selbstverständlich, daß die KPD, als letzter Mohikaner in die Bresche springt. Der Parlamentarier Stoeker entlockte unter Aufbietung aller Lumpenkräfte der abgebrauchten nationalistischen Kriegstrompete noch einige Töne. ...

Das Proletariat aber darf sein Teil weder von nationalbolшевistischen KPD-Kurs der „östlichen Orientierung“, noch von der „Friedensoffensive“ der gezähmten Hindenburg erwarten. ...

Politische Rundschau

Die Demonstration der Einheitsfront

Die Demonstrationen der gewerkschaftlichen Massentruppen von der SPD. bis zur KPD. sind nach allgemeinem Wunsch friedlich verlaufen. Die Redner im Lustgarten, KPD. wie SPD-Parlamentarier wurden mit Beifall angehört. ...

Friedlich, Arm in Arm wie das unter Brüdern üblich ist wurden die Massen im Sinne einer gewerkschaftlichen Einheitsfront nach Hause geschickt um in ihren Ausbuchtungsstätten von neuem zu darben. ...

Ein Amnestiegesetz für die Bourgeoisie

Die KPD. verlangt Amnestie. Die SPD. verlangte auch Amnestie. Und die Bourgeoisie desgleichen. Der Reichstag war also gezwungen, sich über diese Forderungen zu unterhalten. ...

Anders konnte auch das Amnestiegesetz nicht ausfallen, und bei denen die zu erwartende Strafe nicht höher als ein Jahr Gefängnis oder Festungshaft sein wird, werden ebenfalls niedergeschlagen. ...

Die gegen Revolutionäre siten in Wirklichkeit hinter Kerkermauern, zum Teil schon seit Beginn der Revolution, sind weiter in den Vordergründ. ...

Gewerkschaftliches Die R.G.J. will ehrlich die Gewerkschaftseinheit

Aus der „Roten Fahne“ vom 24. Juli folgender Artikel: Eine offizielle Aussendung des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes. Im Pressebulletin des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Amsterdam, vom 21. Juli 1925 wird offiziell geschrieben: ...

Deutschlands Klassenjustiz

(WTB) Leipzig, 23. Juli. Vor dem Süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik hatte sich der installierte Ernst Erlang am Niederrhein vor dem Reichsoberverwaltungsamt in Düsseldorf als Angeklagter in dem Verfahren gegen den Hochverrat, Gelangenenbetrug und unbefugten Waffenbesitz zu verantworten. ...

Hausdurchsuchungen bei der KPD. in Jena

In Jena wurden in den Geschäftsräumen der KP-Zeitung, „Neue Zeitung“, eine Hausdurchsuchung durchgeführt. ...

Hochverratsprozess gegen 2 Jungkommunisten

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verurteilte am Mittwoch die 21jährigen Jungkommunisten Heidebach aus Stuttgart zu 8 Monaten und 6 Monaten Gefängnis und je 100 Mk. Geldstrafe. ...

Todesurteil gegen Kommunisten in Estland

Nach einer Meldung der „Roten Fahne“ wurde im Dorpat-Kommunistenprozess gegen den Hauptangeklagten Heidemann das Todesurteil beantragt. ...

Die Polizei hilft die Bauarbeiter zur Ruhe bringen.

„Vorwärts“, 23. Juli. Wie WTB. meldet, hat der Berliner Polizeipräsident im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die bei einem längeren Streik der Bauarbeiter gefährdet ist, die Polizei in die Angelegenheit einschreiten lassen. ...

Lehnbewegungen im bayrischen Bergbau

„Vorwärts“ am 23. Juli: Die trotzkisten Lohnverhältnisse im bayrischen Bergbau, wo 2,69 Mark pro Tag bei zehnständiger Arbeitszeit gezahlt werden, scheinen nunmehr zu den gewerkschaftlichen Lohnforderungen, über die am 17. Juli ein Schiedsgericht beim Landesschiedsrichter entschieden sollte. ...

Die gewerkschaftlichen Streik

Wenn schon die obige Meldung aus den bayrischen Arbeitsverhältnissen die auf Grund vorhergegangener Lohnverhandlungen geschaffenen, über die vergangene Praxis der Gewerkschaften einen Konflikt vom Jahre gebrochen hat, die folgende Meldung bringt ein Bild augenblicklicher Praxis. ...

Anarchistin Emma Goldman und ihre Erlebnisse in Rußland

Emma Goldman, wohl einem jeden, der mit der Revolution in Rußland bekannt ist, wird dieses Name vertraut sein und mit Hochachtung genannt werden. ...

Deutschlands Klassenjustiz

(WTB) Leipzig, 23. Juli. Vor dem Süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik hatte sich der installierte Ernst Erlang am Niederrhein vor dem Reichsoberverwaltungsamt in Düsseldorf als Angeklagter in dem Verfahren gegen den Hochverrat, Gelangenenbetrug und unbefugten Waffenbesitz zu verantworten. ...

Hausdurchsuchungen bei der KPD. in Jena

In Jena wurden in den Geschäftsräumen der KP-Zeitung, „Neue Zeitung“, eine Hausdurchsuchung durchgeführt. ...

Hochverratsprozess gegen 2 Jungkommunisten

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verurteilte am Mittwoch die 21jährigen Jungkommunisten Heidebach aus Stuttgart zu 8 Monaten und 6 Monaten Gefängnis und je 100 Mk. Geldstrafe. ...

Todesurteil gegen Kommunisten in Estland

Nach einer Meldung der „Roten Fahne“ wurde im Dorpat-Kommunistenprozess gegen den Hauptangeklagten Heidemann das Todesurteil beantragt. ...

Die Polizei hilft die Bauarbeiter zur Ruhe bringen.

„Vorwärts“, 23. Juli. Wie WTB. meldet, hat der Berliner Polizeipräsident im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die bei einem längeren Streik der Bauarbeiter gefährdet ist, die Polizei in die Angelegenheit einschreiten lassen. ...

Lehnbewegungen im bayrischen Bergbau

„Vorwärts“ am 23. Juli: Die trotzkisten Lohnverhältnisse im bayrischen Bergbau, wo 2,69 Mark pro Tag bei zehnständiger Arbeitszeit gezahlt werden, scheinen nunmehr zu den gewerkschaftlichen Lohnforderungen, über die am 17. Juli ein Schiedsgericht beim Landesschiedsrichter entschieden sollte. ...

Die gewerkschaftlichen Streik

Wenn schon die obige Meldung aus den bayrischen Arbeitsverhältnissen die auf Grund vorhergegangener Lohnverhandlungen geschaffenen, über die vergangene Praxis der Gewerkschaften einen Konflikt vom Jahre gebrochen hat, die folgende Meldung bringt ein Bild augenblicklicher Praxis. ...

Anarchistin Emma Goldman und ihre Erlebnisse in Rußland

Emma Goldman, wohl einem jeden, der mit der Revolution in Rußland bekannt ist, wird dieses Name vertraut sein und mit Hochachtung genannt werden. ...

Immer rin in den A. D. G. E.

Die Betriebsräte müssen Stellung zur Einheitsfront ergreifen

„Rote Fahne“ 23. Juli: Betriebsräte müssen die Spaltungszüge des ADGB. ...

Nette Perspektiven.

Die Sozialdemokratie ruft in telephonischen Imperativ ihre Männer für Freitag nachmittags zu einer Massen-Präsenzversammlung im Lustgarten auf, gegen den „Zollwucher“. ...

Nette Perspektiven.

Die Sozialdemokratie ruft in telephonischen Imperativ ihre Männer für Freitag nachmittags zu einer Massen-Präsenzversammlung im Lustgarten auf, gegen den „Zollwucher“. ...

Nette Perspektiven.

Die Sozialdemokratie ruft in telephonischen Imperativ ihre Männer für Freitag nachmittags zu einer Massen-Präsenzversammlung im Lustgarten auf, gegen den „Zollwucher“. ...

Nette Perspektiven.

Die Sozialdemokratie ruft in telephonischen Imperativ ihre Männer für Freitag nachmittags zu einer Massen-Präsenzversammlung im Lustgarten auf, gegen den „Zollwucher“. ...

Nette Perspektiven.

Die Sozialdemokratie ruft in telephonischen Imperativ ihre Männer für Freitag nachmittags zu einer Massen-Präsenzversammlung im Lustgarten auf, gegen den „Zollwucher“. ...

Nette Perspektiven.

Die Sozialdemokratie ruft in telephonischen Imperativ ihre Männer für Freitag nachmittags zu einer Massen-Präsenzversammlung im Lustgarten auf, gegen den „Zollwucher“. ...

Immer rin in den A. D. G. E.

Die Betriebsräte müssen Stellung zur Einheitsfront ergreifen

„Rote Fahne“ 23. Juli: Betriebsräte müssen die Spaltungszüge des ADGB. ...

Nette Perspektiven.

Die Sozialdemokratie ruft in telephonischen Imperativ ihre Männer für Freitag nachmittags zu einer Massen-Präsenzversammlung im Lustgarten auf, gegen den „Zollwucher“. ...

Nette Perspektiven.

Die Sozialdemokratie ruft in telephonischen Imperativ ihre Männer für Freitag nachmittags zu einer Massen-Präsenzversammlung im Lustgarten auf, gegen den „Zollwucher“. ...

Nette Perspektiven.

Die Sozialdemokratie ruft in telephonischen Imperativ ihre Männer für Freitag nachmittags zu einer Massen-Präsenzversammlung im Lustgarten auf, gegen den „Zollwucher“. ...

Nette Perspektiven.

Die Sozialdemokratie ruft in telephonischen Imperativ ihre Männer für Freitag nachmittags zu einer Massen-Präsenzversammlung im Lustgarten auf, gegen den „Zollwucher“. ...

Nette Perspektiven.

Die Sozialdemokratie ruft in telephonischen Imperativ ihre Männer für Freitag nachmittags zu einer Massen-Präsenzversammlung im Lustgarten auf, gegen den „Zollwucher“. ...

Nette Perspektiven.

Die Sozialdemokratie ruft in telephonischen Imperativ ihre Männer für Freitag nachmittags zu einer Massen-Präsenzversammlung im Lustgarten auf, gegen den „Zollwucher“. ...

